

Haushaltsrede 2011-04-14

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung , Herr Bürgermeister

ich möchte mit einem Zitat von Hedwig Dohm beginnen

„ Glaube nicht: Es muss so sein weil es nie anders war.

Unmöglichkeiten sind Ausflüchte für sterile Gehirne.

Schaffe Möglichkeiten!

Die Aufteilungen des Haushaltes der Gemeinde Rosendahl in freiwillige sowie verpflichtende Aufwendungen und allen voran die Transferleistungen, machen seit vielen Jahren deutlich, dass wir ein massives, strukturelles Problem haben.

Das Defizit, zwischen Aufwendungen und Einnahmen, auch nur annähernd zu optimieren und dabei die Möglichkeiten der Kommunalen Selbstverwaltung- die Politische Selbstverwaltung zu erhalten, - etwas in Rosendahl zu gestalten, war immer ein Ritt auf der finanziellen Rasierklinge.

Angeblich wird die Bedürftigkeit, der Notstand der Kommunen in Berlin und Düsseldorf sehr wohl wahrgenommen und Hilfe ist angeblich auf dem Weg.

Eine grundsätzliche Änderung im Verhältnis zu den Kommunen ist für mich nicht ersichtlich!

Ganz im Gegenteil die politischen Entscheidungen in Berlin, in Düsseldorf , in Brüssel machen verantwortungsvolles Handeln in der Kommune fast unmöglich.

Konnexität ist offensichtlich ein Fremdwort geworden.

Bald jeden Tag wird eine neue Sau durch das Dorf getrieben.

Die Hilflosigkeit, die Konzeptlosigkeit bei sehr vielen Verantwortungsträgern ist einfach nur noch erschreckend.

Sehr viele Themen stehen in der Pipeline, ohne den geringsten Ansatz zur Lösung!

Reden wir von Energiepolitik, Fracking, E 10, irgendwelchen Doktorarbeiten, Tat-Kraft-Tour, Gemeinschaftsschulen, illegaler Landeshaushalt, U3, Demographischer Wandel usw.

Die Frage was dieses mit uns in Rosendahl zu tun hat, ist berechtigt und tönch zugleich, die Finanzierung dieser Abläufe, Projekte nimmt direkten Einfluss auf die Finanzen, Zuwendungen, Umlagen der Kommunen.

Im Rat der Gemeinde Rosendahl wuchs nach und nach die Erkenntnis, dass wir alle nur zusammen an der Optimierung der Finanzen und den Erhalt der Kommunalen Selbstverwaltung arbeiten können.

Mit einer großen Mehrheit ging die Gemeinde Rosendahl in das HSK, mit all den schmerzlichen Einschnitten bei den Ausgaben z. B. für Vereine, Verbände. Mit den Erhöhungen der Einnahmen sprich der Steuern, bei Grundsteuer A+ B und der Gewerbesteuer.

Das Programm lief an und machte Hoffnung in 2014 einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen.

Die Verfügungsmasse freiwilliger Leistungen war ausgereizt!

Wenig hilfreich, ja geradezu sabotierend waren dann die nachgereichten Kosten für das Haus der Partnerschaft, die Mensa, Generationenpark und weiteres mehr.

Kommunalpolitiker zu sein, die die Kürzungen überall zu vertreten haben, während ehrenamtliche Mitbürger bei Vereinen und Verbänden ernsthaft überlegen wie man die finanzielle Not überstehen kann, sich als Ratsmitglied damit ständig auf der Anklagebank zu befinden, ist nicht lustig,

Wenn man dann, wie real hier in diesem Raum passiert, zur Kenntnisnahme serviert bekommt, für das Projekt xy hat die Verwaltung noch mal eben 41 000,- € im Haushalt gefunden und direkt verbraten oder weil die Fliesen in einer anderen Größe halt besser gefielen, haut man noch ein paar tausend Euro nebenbei heraus.

Gleichzeitig wird in Vereinen überlegt die Jugendarbeit einzustellen, weil man das Geld nicht mehr hat.

Diese Verhältnisse, diese Diskrepanz der Wahrnehmung, auch in der Öffentlichkeit kann ein Kommunalpolitiker nicht erklären und muss er auch nicht.

Zumindest hatten wir aber ein funktionierendes und erfolgversprechendes HSK auf den Weg gebracht.

Was dann die neue Landesregierung am 23.12.2010 als Weihnachtsgeschenk mit dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz veröffentlichte, schlug dem Fass den Boden aus.

Die Kürzung der Schlüsselzuweisungen an Rosendahl um 1.2 Millionen Euro allein in 2011.

Das war selbst bei Streichung aller streichbaren Ausgaben nicht mehr zu kompensieren.

Die rot, rot, grüne Landesregierung hatte den Parameter zur Zuweisung der Landesmittel so verändert, das im Fokus die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften der Hartz 4 Empfänger stand.

Weitere Bemessungsgrundlagen wie Schülerzahlen, Steueraufkommen waren mit einem Schlag nachrangig.

Real hieß dies für Kommunen –

die sich immer sparsam verhalten hatten,

die Arbeitsplatzangebot als Standortfaktor verstanden hatten,

die recht geringe Arbeitslosenzahlen aufweisen,

die Ihren Auftrag für nachhaltige Haushalts- Wirtschafts- und Sozialpolitik wahrgenommen hatten

zahlen, ausbluten, pleitegehen zugunsten der Kommunen und Städten denen solch ein Verhalten aus welchen Gründen auch immer, nicht gegeben war.

Diesen notleidenden Kommunen war damit aber nicht gedient, dort gibt es nur den Tropfen auf den heißen Stein und die noch gesunden Städte und Kommunen rutschen in die Pleite.

Dieses Verhalten kann nicht legal sein.

Allein der Kreis Coesfeld bekommt 24, 6 Millionen Euro weniger.

Die Kommunisten der SED Nachfolge Partei „ Die Linke „ bekommen mal eben 223000,-€ für eine neue Rosa Luxemburg Stiftung.

Im Gegenzug werden Rot Grüne Entscheidungen von den Kommunisten toleriert oder sogar mitgetragen.

Ich sage noch einmal „ Das GFG ist nicht legal!

Wie hört sich das an „ Haushalt der Landesregierung NRW illegal, GFG Illegal, Gemeinschaftsschule zumindest in Finnentrop illegal.

Die CDU Fraktion Rosendahl hat den Rat aufgefordert die Verwaltung mit der Vorbereitung einer Klage gegen das GFG zu beauftragen – Abgelehnt!

Die Dame und Herren der WIR vertrauten der automatischen Gerechtigkeit !?

Akuter Realitätsverlust ?

Die Herren der Fraktion Bündnis 90 / Grüne wollten Ihre Grundsatzargumentation nicht aufgeben!?

„ Wir (Die Grünen)haben immer schon gesagt „wir leben über unsere Verhältnisse – schuld ist nur die CDU und die Kirche!!“

Die SPD hält das GFG für absolute, gerecht und vernünftig! Sie halten es für absolut gerecht und vernünftig, wenn wir als relativ gesunde Gemeinde den kranken Städten und Kommunen im Ruhrgebiet deren Schuldenpolitik finanzieren !?

Der kleinste, gemeinsame Nenne, war der Anschluss an die vermutete Klage nach Empfehlung der Bürgermeisterkonferenz des Kreises Coesfeld.

Das gibt es öfter- Angst vor der eigenen Courage!

Alle Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld , sowie jede Menge weitere Kommunen in ganz NRW

werden klagen. Zurzeit gibt es über 60zig verbindliche Erklärungen zu klagen, Tendenz steigend.

Inklusive aller SPD Bürgermeister der betroffenen Städte z.B. Dülmen und Nordkirchen.

Als einzige Möglichkeit dem Finanziellen Notstand zu begegnen, musste eine brutale Steuerhöhung in Aussicht gestellt werden.

Bei den Grundsteuern A + B sowie der Gewerbesteuer nimmt Rosendahl gezwungen durch die rot rot grüne Landesregierung einen Spitzenplatz im Ranking der teuersten Kommunen ein.

Einige ganz wenige Errungenschaften konnten wir im perfiden Verteilungskampf noch unangetastet lassen- als Beispiel die Lehrschwimmhalle, Die Landesregierung hat aber angekündigt in 2012 den Sozialansatz für Hartz 4 noch einmal zu verdoppeln.

Dann müssen wir die Lehrschwimmhalle und die Kommunale politische Selbstverwaltung schließen und zwar mit ausdrücklicher Unterstützung der SPD Fraktion Rosendahl.

Die SPD Fraktion unterstellt der CDU, der WIR und der Verwaltung sogar, das wir vorsätzlich unsere Bürger in den Ruin treiben, um höhere Zuteilungen nach Hartz 4 Bedarfsgemeinschaften für Rosendahl zu erhalten.

Mit Bibelziten wird dieses untermalt.

Die SPD muss selber wissen was an dieser Stelle zu tun ist!

Die CDU Fraktion hat den Haushalt in die Zeit geschoben und das mit Recht.

Der Kreistag in Coesfeld hat sich solidarisch erklärt und uns über eine reduzierte Kreisumlage primär etwas entlastet, die Bundesregierung zusammen mit SPD und Grünen hat bei der Hartz 4 Reform, Anhebung der Regelsätze, Übernahme der Grundsicherungsaufwendung ein wenig Entlastung verschafft.

CDU, Verwaltung und WIR konnten somit an der Reduzierung der Steuererhöhung arbeiten und auch bei der Terminierung konnten wir uns auf den einmaligen CUT in 2012 einigen.

Trotzdem bleibt die Steuererhöhung extrem hoch!

Das die SPD sich an diesem Punkt komplett der Verantwortung verweigert hat sie oft genug bekundet.

Da die Grünen absolut angesagt sind, machen sie offensichtlich das gleiche und verweigern sich.

Obgleich von den Grünen zumindest konkrete Anträge zur Konsolidierung erfolgt sind.

Bedenken sie bitte, je höher man steht umso tiefer kann man fallen.

In den umliegenden Städten und Gemeinden herrschen die gleichen katastrophalen Auswirkungen durch das GFG wie in Rosendahl.

In Billerbeck hat sich der gesamte HFA der Stimme enthalten, nur die BM hat Ihrem eigenen Haushalt zugestimmt. Im Rat wurde der Haushalt dann abgelehnt

In Havixbeck hat der Rat den Haushalt abgelehnt.

Jeder sucht seinen eigenen Weg um mit der Misere fertig zu werden.

Albert Einstein meinte einmal

„Inmitten der Schwierigkeit, wohnt die Möglichkeit“

Die CDU Fraktion Rosendahl steht zu Ihrer vom Wähler übertragenen Verantwortung und wird dem Haushalt zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

V.i.S.d.P Ralf Steindorf